

Berlin aktuell

Gernot Erler, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossin, lieber Genosse!

die FDP hat einst den „mitfühlenden Liberalismus“ proklamiert. Inzwischen ahnen wir, was die Liberalen darunter offenbar verstehen: Entwicklungsminister Dirk Niebel will in seinem Ministerium 180 neue, teils höchstdotierte Stellen schaffen – und anscheinend mit Parteifreunden besetzen. Die Ironie dabei liegt darin, dass Niebel genau dieses Ministerium vor seinem Amtsantritt noch abschaffen wollte. Grenzwertig wird es, wenn sich bewahrheiten sollte, dass der Minister bereits vor Monaten eine hohe Stelle einer Parteifreundin zugeschlagen hat. Das nun stattgefundene Auswahlverfahren, das mehrere zehntausend Euro kostete, wäre damit eine Farce. In einer Aktuellen Stunde haben wir heftig darüber im Plenum diskutiert. Wir werden das zweifelhafte Vorgehen Niebels mit aller Entschlossenheit prüfen.

Fraktionsübergreifend haben wir am Donnerstag den Einsatz eines Untersuchungsausschusses zum Rechtsextremismus beschlossen. Wir wollen die Ungereimtheiten in der furchtbaren Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) aufklären und Licht ins Behördendunkel bringen. Dazu soll der Ausschuss eng mit den Ländern zusammenarbeiten und die Geflechte zwischen Bundes- und Landesbehörden beleuchten. Die SPD-Fraktion sendet drei Abgeordnete in den Ausschuss: Sebastian Edathy als Vorsitzender, Eva Högl als Obfrau und Sönke Rix.

Am Dienstag haben wir in der Fraktion ein Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik beschlossen. Es soll dazu beitragen, den Diskurs über die notwendige Modernisierung der Industrie voranzubringen. Deutschland muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden. Das wollen wir anpacken.

Die AG Kultur und Medien hat uns ein Novum vorgestellt, das sofort auf einhellige Zustimmung stieß: Ihr Antrag „Kultur für alle“, der einen barrierefreien Zugang zu Kultur- und Medienangeboten fordert, ist als Pilotprojekt auch in so genannte Leichte Sprache übersetzt worden. Denn jeder soll die Möglichkeit haben, die Inhalte zu verstehen; das betrifft insbesondere ältere Menschen, geistig Behinderte und Menschen, die die deutsche Sprache nicht so gut beherrschen. Unser Bestreben ist es, dass der Bundestag alle seine parlamentarischen Initiativen in Leichte Sprache übersetzen lässt. Denn am demokratischen Prozess soll jeder teilhaben können.

Mit herzlichen Grüßen
Euer



Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|--|
| 02 Aktuelle Stunde: Niebel und die Vetternwirtschaft | 06 Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition ist unzureichend |
| 03 Bundeswehreininsatz in Afghanistan verlängert | 07 Kultur für alle: Erstmals Antrag in Leichter Sprache |
| 04 Kooperationsverbot in der Bildung ist „Blödsinn“ | 09 Bilanz der schwarz-gelben Kultur- und Medienpolitik |
| 05 Spekulation mit agrarischen Rohstoffen verhindern | 11 Rentenminderung für DDR-Flüchtlinge verhindern |
| 06 Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken | 11 SPD will klare Regeln für Intensivtierhaltung |
| | 12 Positionspapier zur SPD-Industriepolitik |

AKTUELLE STUNDE

SPD-Bundestagsfraktion kritisiert Niebels FDP-Vetternwirtschaft im Ministerium

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch, 25. Januar 2012, zunächst in einer Fragestunde und dann auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion in einer Aktuellen Stunde, die umstrittene Personalpolitik von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) thematisiert. Seit Monaten ist der FDP-Minister damit beschäftigt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) zu vergrößern und die Abteilungen und Referate zu vermehren, um FDP-Mitglieder mit Posten zu versorgen. Dabei hatte er in der Opposition die Daseinsberechtigung des Ministeriums noch in Frage gestellt. „Das Maß ist voll. Wir lassen nicht zu, dass das Ministerium zu einem Versorgungswerk für die FDP verkommt“, sagte Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Fragwürdige Personalentscheidungen

Besonders kritisch sieht die SPD-Fraktion die Personalentscheidung um Gabriela Büssemaker, ehemalige FDP-Oberbürgermeisterin von Ettlingen. Bei diesem Einstellungsverfahren ist der Eindruck entstanden, dass es bereits vor dem offiziellen Auswahlverfahren eine Zusage an die FDP-Politikerin gab. Damit wären die selbstverständlichsten Regeln ordentlicher Auswahlverfahren und Eignungsprüfungen gebrochen worden. Die Kosten für das Verfahren in Höhe von etwa 60.000 Euro sind aus Steuergeldern beglichen worden. Sascha Raabe sagte dazu in Richtung des Ministers: „Wenn sich der Verdacht bestätigen sollte, dass es sich um ein Bewerbungsverfahren zum Schein und auf Kosten der Steuerzahler gehandelt hat, machen Sie sich der Untreue schuldig.“ Die Fraktion wird die genauen Umstände prüfen.

Niebel schadet dem Ansehen der deutschen Entwicklungspolitik

„Wer zu Recht Good Governance von anderen Ländern einfordert, der darf nicht im eigenen Ministerium Vetternwirtschaft betreiben“, sagte Bärbel Kofler. Unter Minister Niebel litt der Ruf und die Glaubwürdigkeit der deutschen Entwicklungspolitik immens. Auch Barbara Hendriks unterstrich diesen Aspekt noch einmal in ihrer Rede vor dem Bundestag.

Insgesamt ist das Verhalten von Niebel unglaubwürdig. In seiner Zeit als FDP-Generalsekretär forderte der Liberale noch die Abschaffung des BMZ. Doch als Minister tut er genau das Gegenteil: Ungeniert bläht er sein Ministerium mit neuen Abteilungen auf und schafft neue Organisationseinheiten, um Parteifreunde mit hochdotierten Posten zu versorgen. Für die Fraktion handelt es sich um eine Vetternwirtschaft, der auch die Bundeskanzlerin endlich Einhalt gebieten müsse. Lothar Binding stellte vor diesem Hintergrund die Frage: „Was ist eigentlich in einem Kabinett los, das ein solches Verhalten zulässt?“

Denn auch in den Reihen der Koalition sorgt das Vorgehen von Niebel für Unmut. Entlarvend ist auch, dass das eigene Haus das Vorgehen des Ministers scharf kritisiert. So hat der Personalrat des BMZ in seinem letzten Tätigkeitsbericht die Frage gestellt, ob die von Niebel neu geschaffene Abteilung „Planung und Kommunikation“ nicht als Kampa 2013 für den anstehenden Bundestagswahlkampf eingerichtet wurde. „Wir lassen nicht zu, dass Sie mit Steuergeldern, die für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen, eine Wahlkampfzentrale aufbauen“, sagte Raabe in der Aktuellen Stunde. Er hat gegen Niebel Anzeige erstattet.

AUSWÄRTIGES

Bundeswehreinsatz in Afghanistan verlängert – Truppenreduzierung beginnt 2012

Die SPD-Bundestagsfraktion hat der Verlängerung der Bundeswehrbeteiligung am ISAF-Mandat in Afghanistan am 26. Januar 2012 mehrheitlich zugestimmt. Mit der Truppenreduzierung in zwei Schritten von 5.350 Soldatinnen und Soldaten auf zunächst 4.900 und schließlich 4.400 in diesem Jahr entspricht die Bundesregierung in ihrem Antrag der Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einem schrittweisen Rückzug bis Ende 2014.

Nach Abzug der Kampftruppen braucht Afghanistan weiterhin besondere Unterstützung

Nachdem die Bundesregierung den Vorschlag der SPD vor zwei Jahren noch als „unrealistisch“ und „gefährlich“ abgestempelt hat, ist sie nun auf den sozialdemokratischen Kurs eingeschwenkt. Auch die internationale Gemeinschaft hat sich darauf verständigt, die Kampftruppen bis Ende 2014 komplett aus Afghanistan zurückzuziehen. Doch damit wird das internationale und deutsche Engagement am Hindukus nicht enden. Afghanistan wird auch, wenn deutsche Soldaten nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligt sind, noch mindestens bis 2024 besondere Unterstützung brauchen, z. B. wirtschaftlich, politisch, bei der Finanzierung und Ausbildung der Sicherheitskräfte, beim Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur und der Verwaltung. Dieses Engagement hat die internationale Gemeinschaft auf der Afghanistan-Konferenz in Bonn im Dezember 2011 zugesagt. Durch die traumatischen Erfahrungen der Afghanen nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen in den 90er-Jahren in einem langen Bürgerkrieg, war es wichtig, an die afghanische Bevölkerung das Signal zu senden, dass sie von der internationalen Gemeinschaft von 2015 an nicht im Stich gelassen wird.

Schrittweise übernehmen die Afghanen die Sicherheitsverantwortung

Die Sicherheitsverantwortung wird nun Distrikt für Distrikt seit Juli 2011 bis Ende 2014 in afghanische Hände übergeben. Für eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans ist ein politischer Friedensprozess erforderlich, der alle afghanischen Gruppen inklusive der Taliban einbezieht. Dabei müssen unter anderem folgende Prinzipien gelten: Gewaltverzicht, der Bruch mit dem internationalen Terrorismus und der Respekt für die afghanische Verfassung einschließlich der darin verankerten Menschen- und Frauenrechte.

Regierungsführung verbessern – Korruption bekämpfen

Während sich die Sicherheitslage in Afghanistan im zurückliegenden Jahr leicht verbessert hat, bleibt im Hinblick auf Regierungsführung und Demokratie noch viel zu tun. Nach wie vor spielen Eignung, Befähigung und Leistung bei der Besetzung von Posten eine untergeordnete Rolle. Die Korruption hat weiterhin große Teile des Landes fest im Griff. Können diese Entwicklungen nicht gestoppt werden, drohen Frustration und Enttäuschung in der Bevölkerung anzuwachsen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion begleitet seit vielen Jahren eine eigens eingerichtete Task Force die Entwicklung in Afghanistan und die Politik der Bundesregierung. Sie wird diese Arbeit auch in den kommenden Monaten fortsetzen und darauf achten, ob die Zusagen der Bundesregierung eingehalten werden.

Steinmeier: „Kooperationsverbot ist Blödsinn“

Die SPD-Fraktion will das Grundgesetz ändern, um bessere Bildung durch mehr Kooperation von Bund und Ländern möglich zu machen. „Mehr Bildung geht nicht mit weniger Zusammenarbeit“, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier im Bundestag. Deshalb müsse das so genannte Kooperationsverbot in der Verfassung beseitigt werden.

Die Menschen ärgerten sich, dass Missstände in der Bildung von der Politik zwar besprochen, aber nicht beseitigt würden, sagte Steinmeier am Donnerstag. „Und am wenigsten verstehen sie, dass sich Bund und Länder auch noch gegenseitig verbieten, gemeinsam an der Beseitigung der Missstände zu arbeiten.“

Der Hintergrund: Seit der Föderalismusreform 2006 ist es dem Bund verfassungsrechtlich nicht möglich, die Länder vor allem bei Verbesserungen im Schulsystem durch Finanzhilfen zu unterstützen. Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag (Drs. 17/8455) eine Neuregelung im Grundgesetz, die dauerhafte Bildungsinvestitionen des Bundes ermöglicht, ohne die Bildungshoheit der Länder einzuschränken. „Wir wollen mit einem neuen Grundgesetzartikel Finanzhilfen für Bildung zielgenau ermöglichen“, erläuterte der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sven Schulz. Die Vorschläge werden auch von den SPD-geführten Ländern unterstützt.

Kooperationsverbot war ein Fehler

Steinmeier nannte das Kooperationsverbot, das im Paket der Föderalismusreform beschlossen worden sei, einen Fehler. „Wir haben es mitgetragen, weil wir die Föderalismusreform insgesamt nicht gefährden wollten. Aber ich sage es auch für mich persönlich: Es war falsch, und es muss bereinigt werden.“

Er sei nicht der Meinung, dass Bundespolitik in Bildungsfragen klüger ist als Landespolitik, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende klar. Es gehe auch nicht darum, die Zuständigkeit der Länder in Frage zu stellen. „Beim Kooperationsverbot geht es darum, das wir per Verfassung verbieten, dass Bund und Länder ihre Kräfte bündeln, um objektiv erkannte Probleme in der Bildungslandschaft endlich gemeinsam anzugehen. Das kann nicht der richtige Weg sein.“

Erfolgreiches Ganztagsschulprogramm wäre nicht mehr möglich

Steinmeier erinnerte an das erfolgreiche Ganztagsschulprogramm, das die SPD-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder ins Leben gerufen hatte und zu einem enormen Ausbauschub bei den Ganztagsschulen geführt hatte. Durch mehr Ganztagsschulen würden Möglichkeiten für Kinder geschaffen, die auf solchen Schulen besser lernen, aber auch Möglichkeiten für Eltern, die aufgrund eigener Berufstätigkeit auf Ganztagsangebote angewiesen seien. Heute wären solche Anstöße in der Bildung durch den Bund nicht mehr möglich, kritisierte Steinmeier. „Es sollte niemand damit rechnen, dass Kinder, Eltern oder Lehrer dafür Verständnis aufbringen.“ Steinmeiers Appell: „Lassen Sie uns doch endlich anfangen, über die jeweils besten Lösungen zu reden statt nur über Zuständigkeiten. Wir brauchen keine Fortsetzung des Kompetenzgerangels, sondern mehr Zusammenarbeit und mehr Bildungsinvestitionen.“

Falsche Weichenstellungen

Steuersenkungen oder das geplante Betreuungsgeld seien dagegen die falschen Weichenstellungen, kritisierte Steinmeier mit Blick auf die Vorhaben der schwarz-gelben Koalition. Die SPD-Fraktion fordert seit langem, das Geld stattdessen in die Bildungsinfrastruktur zu investieren und damit echte Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

„Bildung ist der Schlüssel. Mehr Kooperation und mehr Investitionen – das sind die Instrumente,“ stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende klar. Die Politik könne insgesamt an Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, so Steinmeier, „wenn wir einmal gemeinsam die Kraft hätten, zu sagen: Wir haben uns geirrt, das Kooperationsverbot ist Blödsinn, es muss weg.“

Spekulation mit agrarischen Rohstoffen verhindern

Auf den Weltagarmärkten steigen die Preise für Agrarrohstoffe. Insbesondere Grundnahrungsmittel wie Getreide, Mais und Reis sind extremen Preisschwankungen unterlegen. Neben wetterbedingten Ernteausfällen, steigender Weltbevölkerung, wachsender Nachfrage durch veränderte Ernährungsgewohnheiten, verstärkter Nutzung von Ackerflächen zur Produktion von Biokraftstoffen und steigenden Energiekosten, spielen zunehmend auch Spekulationsgeschäfte an den Warenterminbörsen eine wichtige Rolle für diese Entwicklung.

Hauptleidtragende dieser Zustände sind die Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aufgrund der hohen Preise immer weniger sicherstellen können. Auch das Welternährungsprogramm der UNO hat zunehmend Probleme mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln diesen Ländern zu helfen.

Die Warenterminbörsen waren ursprünglich ein Instrument des Risikomanagements zur Absicherung extremer Preisschwankungen, sind aber seit der Deregulierung der Finanzmärkte zum Ziel von spekulativen Geschäften geworden. Damit hat sich der Handel mit Getreidederivaten vom realen Markt gelöst.

Sowohl die Landwirte als auch die Händler können sich immer weniger auf die Warenterminbörsen verlassen, um den richtigen Zeitpunkt für den Verkauf bzw. Kauf der Agrarprodukte zu bestimmen. Damit verliert das Instrument seine ursprüngliche Bedeutung für die Landwirtschaft. Knappheitssignale werden nicht mehr erkennbar. Spekulationen verstärken die Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und hemmen im Ergebnis Investitionen in die Zukunft.

Einsatz im Rahmen der G20

In dem Antrag „Spekulation mit agrarischen Rohstoffen verhindern“ (Drs. 17/3413), der in dieser Woche abschließend beraten wurde, fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, sich auf internationaler Ebene, insbesondere im Rahmen der G20, dafür einzusetzen, dass die Warenterminbörsen ihre ursprüngliche Aufgabe des Risikomanagements für die Landwirtschaft wieder erfüllen können, und Nahrungsmittelspekulationen zu Lasten der Ärmsten der Armen verhindert werden, und deshalb

- der Handel mit Agrarrohstoffen möglichst über Börsen oder zentrale Clearingstellen abgewickelt wird;
- ausschließlich standardisierte Produkte handelbar sind;
- eine Mindesthaltepflicht für Termingeschäfte eingeführt wird, die kurzfristige Spekulationen verhindert;
- Meldepflichten für Kontrakte, die außerhalb von Börsen oder zentralen Clearingstellen geschlossen werden, eingeführt werden;
- die Märkte durch regelmäßige Veröffentlichung der Daten wie in den Vereinigten Staaten wieder transparent werden;
- im Rahmen der geplanten EU-Verordnung zu Over-the-counter-Derivaten und im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinien zu Märkten für Finanzinstrumente (MiFID) und zu Marktmissbrauch (MAD) diese Punkte umzusetzen.

Der Antrag wurde von der schwarz-gelben Koalition im Plenum abgelehnt.

Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken

Die Nachfrage nach ökologisch hergestellten Produkten wächst in Deutschland, in Europa und weltweit. Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher setzen auf eine gesunde und möglichst schadstofffreie Ernährung. Allein im Jahr 2009 stieg die Anzahl der ökologisch bewirtschafteten Betriebe um 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Seit mehr als 20 Jahren ist die ökologische Landwirtschaft ein Erfolgsmodell. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Artenschutz und trägt vor allem zur Erhaltung der Boden- und Wasserqualität bei.

In der ökologischen Lebensmittelwirtschaft und im Ökolandbau in Deutschland sind mittlerweile 180.000 Menschen insbesondere in ländlichen Gebieten beschäftigt. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene so verbessern, dass die Potenziale des Ökolandbaus und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft weiter ausgebaut und die gesellschaftlichen Leistungen der Biolandwirte honoriert werden.

In einem Antrag (Drs. 17/7186), den der Bundestag am 26. Januar debattiert hat, fordert die SPD die Bundesregierung auf, sich bei den Verhandlungen über die Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) für eine dauerhafte Förderung der ökologischen Landwirtschaft im Zuge des sogenannten Greenings einzusetzen. Danach sollen die Direktzahlungen an die Landwirte künftig an ökologische Leistungen gekoppelt sein. Zudem soll die Öffnung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau für andere landwirtschaftliche Produktionsverfahren rückgängig gemacht werden. Wissenschaft und Forschung sind auf die Effizienz ressourcenschonender, ökologischer Anbausysteme sowie artgerechte Tierhaltung auszurichten.

FINANZEN

Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition springt zu kurz

In wenigen Tagen hat Schwarz-Gelb in der abgelaufenen Woche mit seiner Mehrheit das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz (2. FMStG) durch den Deutschen Bundestag gedrückt – eine Eile, die zumindest von der Sache her nicht gerechtfertigt war.

Das Gesetz soll die von den Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes für dieses Jahr vereinbarte stärkere Eigenkapitalunterlegung relevanter europäischer Banken absichern. Dazu werden die Maßnahmen und Instrumente des zum 31. Dezember 2010 ausgelaufenen 1. FMStG wieder aufgerufen und teilweise sogar noch erweitert.

Der Garantierahmen wird wieder auf 400 Mrd. Euro und die Kreditermächtigung auf 80 Mrd. Euro (davon 10 Mrd. Euro nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses und 30 Mrd. Euro nur unter Zustimmung des Finanzmarktremiums des Deutschen Bundestages) erhöht. Es wäre sehr gut gewesen, wenn es eine ausreichende und intensive Beratungszeit im Parlament gegeben hätte.

Vorschläge von Regierungskoalition abgelehnt

Obwohl die SPD-Bundestagsfraktion die Wiederöffnung des FMStG für zwingend erforderlich hält, ist sie der Auffassung, dass die Koalitionsvorstellungen an entscheidenden Stellen zu kurz springen. Bei der Neuauflage des FMStG wurde von Seiten der Regierung und der Koalition versäumt, aus den Entwicklungen und neuen Erkenntnissen der letzten Jahre zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion das 2. FMStG in der von der Koalition vorgelegten Form abgelehnt. Ihre Forderungen hat die SPD in verschiedenen Anträgen im federführenden Haushaltsausschuss

und in einem Entschließungsantrag zur dritten Gesetzeslesung im Plenum (Drs. 17/8488) formuliert und vorgebracht.

Dazu gehören vor allem:

- Es ist sicherzustellen, dass Banken Hilfsmaßnahmen nur dann beanspruchen können, wenn sie die Kosten dieser Maßnahmen selbst tragen. Steuergelder dürfen nicht nochmals zur Rettung oder Stützung von Banken verwendet werden.
- Es ist sicherzustellen, dass insbesondere Rekapitalisierungsmaßnahmen nicht länger nur freiwillig in Anspruch genommen werden können. Ein Institut, das zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nicht innerhalb einer angemessenen Frist nachkommt, hat einen Antrag auf Stabilisierungsmaßnahmen zu stellen. Diese Verstärkung von Zwangsmaßnahmen ist zur Sicherung des öffentlichen Gutes der Finanzmarktstabilität geboten, zweckmäßig und angemessen. Sie ist eine wichtige Lehre aus den bislang gewonnenen Erfahrungen.
- Der Regelfall muss sein, dass der Bund über den Finanzmarktstabilisierungsfonds unmittelbares und stimmberechtigtes Aktienkapital oder vergleichbares Kapital erwirbt und dann auch Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung des Geschäftsmodells der begünstigten Bank nimmt.
- Entscheidungen über Stabilisierungsmaßnahmen müssen mit einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle und Beteiligung verbunden werden. Die Kontrolle der begünstigten Unternehmen muss ebenfalls eine stärkere parlamentarische Begleitung erfahren.
- Es ist gesetzlich sicherzustellen, dass eine Bank, die Stabilisierungsmaßnahmen erhält, keine variablen Vergütungen und Boni und keine Dividenden für die Zeit der Maßnahme auszahlen darf.
- Die vorgesehene Befristung auf den 31. Dezember 2012 ist nicht zweckdienlich, da nicht abzusehen ist, ob sich bis dahin die Volatilität der Finanzmärkte beruhigt und die Lage der Kreditinstitute signifikant verbessert hat.

Leider hat Schwarz-Gelb mit seiner Mehrheit all diese Forderungen zurückgewiesen.

KULTUR

Kultur für alle: SPD gestaltet erstmals Antrag in Leichter Sprache

Mit dem Antrag „Kultur für alle – Für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderung zu Kultur, Information und Kommunikation“ (Drs. 17/8485) betritt die SPD-Fraktion im Bundestag Neuland: Der Antrag wird auch in so genannter Leichter Sprache formuliert werden und gewährleistet so barrierefreie Sprache. Allzu oft nämlich sind parlamentarische Initiativen bürokratisch und juristisch formuliert. Solch einen Duktus versteht nicht jeder, und das muss er auch nicht. Vielmehr sollte der Bundestag darauf Acht geben, die Bürgerinnen und Bürger bei seinen Vorhaben mitzunehmen und selbst so strukturiert sein, dass die Inhalte für alle verständlich sind.

Mit diesem Antrag also beschreitet die SPD-Fraktion einmal mehr neue Wege und zeigt, dass sie die modernste Fraktion im Bundestag ist. Er besteht aus dem ersten offiziellen Teil und daran anknüpfend der gleiche Inhalt noch einmal, diesmal aber in Leichter Sprache.

Die Regeln für diese Leichte Sprache wurden von Behindertenverbänden entwickelt; im Zentrum stehen dabei klare und kurze Sätze, pro Satz nur eine Aussage, der Verzicht auf Abkürzungen und Bilder zum

weiteren Verständnis. Der Unterschied zwischen der offiziellen Sprache dieses Antrags und der Leichten Sprache lässt sich gut an folgendem Beispiel erkennen. Im Original heißt es: „Die kulturelle und mediale bzw. informationelle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist Grundlage ihrer Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung, Mitgestaltung und Mitwirkung dieser Menschen.“

Übersetzt in Leichte Sprache wird in dem Antrag daraus: „Alle Menschen sollen überall mitmachen können. Kultur-Angebote sind wichtig für alle Menschen. Menschen mit Behinderungen brauchen aber barriere-freie Kultur-Angebote.“ Den Antrag samt Übersetzung können Sie in der rechten Spalte herunterladen. Der Antrag ist in einem gemeinsamen Dokument in beiden Fassungen sowohl im Intranet der Fraktion als auch auf der Website zu finden.

Die Idee zu einer Übersetzung stammt von Ulla Schmidt, Mitglied des Begleitgremiums zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und im Ausschuss für Kultur und Medien. Schmidt: „Auch geistig behinderte Menschen interessieren sich für Politik“. Ziel müsse es sein, dass der Bundestag sich parteiübergreifend verpflichtet, wichtige Entscheidungen künftig in Leichte Sprache übersetzen zu lassen. Das sei, so Schmidt, eben nicht nur für Behinderte wichtig, sondern auch für Migrantinnen und Migranten und auch für die immer größer werdende Zahl älterer Menschen.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Zum Inhalt des Antrags: Nur durch den gleichberechtigten Zugang zu kulturellen und medialen Angeboten und barrierefreien Informationen wird der Anspruch der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), Menschen mit Behinderungen uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, eingelöst.

Dabei stehen nicht nur Kultur- und Medieneinrichtungen in öffentlicher Verantwortung in der Pflicht. Auch private Kultur- und Medienunternehmer wie der private Rundfunk sind aufgefordert, gemäß der UN-BRK und dem Behindertengleichstellungsgesetz die Barrierefreiheit ihrer Angebote zu gewährleisten.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Länder den 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ratifiziert haben, der für Menschen mit bestimmten Behinderungen eine vollständige Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht vorsieht, bzw. eine Ermäßigung auf ein Drittel des Regelsatzes.

Bislang ist der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-behindertenrechtskonvention der schwarz-gelben Bundesregierung weit davon entfernt, die notwendigen Schritte zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am öffentlichen kulturellen Leben festzuschreiben.

So sieht er nur grundsätzlich vor, bei Ausschreibungen des Bundes im Kultur- und Freizeitbereich die Barrierefreiheit sicherzustellen. Dieser Vorschlag greift jedoch zu kurz: Das geltende Vergaberecht beinhaltet nur die Möglichkeit, Ausschreibungen entsprechend zu gestalten. Verpflichtungen sind daraus nicht abzuleiten. Barrierefreiheit als Voraussetzung für kulturelle und mediale Teilhabe sollte jedoch bei allen Bauvorhaben und Einrichtungen kultureller Infrastruktur von Anfang an mitgedacht und verbindlich verankert werden.

Audiodeskription und deutsche Untertitel bei Filmen

Bei der Filmförderung sieht der Nationale Aktionsplan nach wie vor keine verbindliche Regelung für Filme mit Audiodeskription und Untertitelung vor. Förderungshilfen sollen daran geknüpft sein, dass wenigstens die Endfassung des Filmes mit deutscher Audiodeskription und deutschen Untertiteln hergestellt wird.

Die neuen Medien erweitern die Palette der Kultur- und Informationsangebote für Menschen mit Behinderungen immens. Beispielsweise bietet die Deutsche Digitale Bibliothek (DDB) als zentrales nationales Portal digitaler Werke die Möglichkeit, die digitalen Angebote von etwa 30.000 miteinander über die DDB vernetzten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen weitgehend kostenfrei verfügbar zu machen. Das Internet bietet ein enormes Potenzial, um den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen nach Information, Kommunikation und Organisation zu entsprechen. Um dieses Potenzial nutzen zu können, sollten Menschen mit Behinderungen beim Umgang mit den neuen Medien unterstützt und gefördert werden.

Barrierefreie Zugänge bei privaten Unternehmern

Die SPD-Fraktion fordert, das Vergaberecht in der Weise zu ändern, dass bei Ausschreibungen des Bundes und seinen Beschaffungsstellen für Produkte, Gebäude und Dienstleistungen immer die Barrierefreiheit bzw. Barrierearmut von Zugängen zur kulturellen und medialen Infrastruktur mitberücksichtigt werden muss – insbesondere, wenn es um Neubauten geht. Bei Restaurierungen und Umbauten muss eine eventuelle Nicht-Gewährleistung der Barrierefreiheit explizit begründet werden. Private Kultur- und Medienunternehmer müssen durch verhältnismäßige Regelungen verpflichtet werden, in größerem Umfang als bisher barrierefreie Zugänge zu ihren Angeboten zu ermöglichen. Die Denkmalförderung des Bundes muss daran geknüpft werden, dass der barrierefreie Zugang möglichst gewährleistet wird. Barrierefreie Zugänge sollten nach sorgfältiger Abwägung technischer und ästhetischer Aspekte ermöglicht werden. Die Barrierefreiheit im Netz muss über Zielvereinbarungen mit privaten Internetanbietern gefördert werden. Im Gestaltungsbereich des Bundes sind die Belange der Menschen zu berücksichtigen bei der Nutzung von Medien, Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Das gilt z. B. für Internetplattformen, die vom Bund bereitgestellt werden. Die Bundesländer sollten die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender zu einer möglichst weit gehenden Nutzung von Untertiteln, Gebärdensprache und Audiodeskription bei Eigen- und Auftragsproduktionen von Inhalten bewegen.

Siegmond Ehrmann zieht Bilanz: „Kultur und Medien für Schwarz-Gelb unwichtig“

Der Jahreswechsel bietet Gelegenheit, einen Blick zu werfen auf das, was in dieser Legislaturperiode erreicht und das, was noch vor uns liegt. Viel Zeit verbleibt nicht mehr, denn spätestens von Frühjahr 2013 an wird der Bundestagswahlkampf beginnen – vorausgesetzt, die amtierende Bundesregierung schleppt sich noch bis dahin. Siegmund Ehrmann, Sprecher der AG Kultur und Medien, zieht Bilanz.

Zunächst zur schwarz-gelben Koalition: Der Koalitionsvertrag ist kultur- und medienpolitisch wenig ambitioniert. Kein Wort enthielt der Koalitionsvertrag zum Thema Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz. Und das, obwohl die FDP und vereinzelt Kulturpolitiker der Union dies zuvor vollmundig forderten. Auch der von der CDU gestellte Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, befürwortet das.

Die Aussage im Koalitionsvertrag, Kulturförderung als Investition in die Zukunft zu erhalten, ist mittlerweile Teil jeder Sonntagsrede eines Kulturpolitikers. Was daraus folgt, blieb bislang offen. Die angekündigte Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr privates Engagement in der Kulturförderung, beispielsweise durch Stiftungen und Sponsoring oder den Abbau bürokratischer Hürden, blieb unerfüllt.

Die ebenfalls angekündigte Stabilisierung der Künstlersozialversicherung wirkt schon deshalb fadenscheinig, weil die FDP über den Bundesrat erst im Sommer 2008 versucht hatte, eben diese Künstlersozialversicherung ganz abzuschaffen. Vielmehr ist das Gegenteil geschehen: Die kurz vor Jahreswechsel von der Koalition vorgenommene Klarstellung des Begriffs des „Publizisten“ im Künstlersozialversicherungsgesetz führt dazu, dass weniger publizistisch Tätige in die Künstlersozialkasse aufgenommen werden können. Doch mittlerweile hat sich die publizistische Praxis und Tätigkeit erweitert. Insgesamt muss vielmehr über eine Anpassung und Modernisierung des Künstler- und Publizistenbegriffs nachgedacht werden, zumal bereits einige der neuen, mit der Digitalisierung und dem Internet entstandenen Berufen und selbstständigen Tätigkeiten Eingang in die Künstlersozialkasse gefunden haben.

Kultur- und Wirtschaftsförderung in den Blick

Die „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ der Bundesregierung, entstanden auf Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ und des daraus folgenden Bundestagsbeschlusses im Jahr 2008, wurde zwar richtigerweise fortgeführt und das Beratungsangebot ausgebaut, jedoch begnügt sich die Koalition damit. Um die immensen Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft für Arbeitsplätze und Innovation ausschöpfen zu können, bedarf es eines breiten politischen Ansatzes, der die Rahmenbedingungen wie beispielsweise die soziale Absicherung der Kreativschaffenden, das Urheberrecht und die Instrumente der Kultur- und Wirtschaftsförderung in den Blick nimmt.

Dass diese Koalition ein gänzlich anderes Verständnis beim Thema Gedenken und Erinnern hat, wurde gleich zu Beginn klar. Die gegen massive Kritik der SPD und zaghaft vorgetragene Bedenken des Außenministers umgesetzten Änderungen bei der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung belasten nach wie vor die Arbeit der Stiftung und die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Polen. Auch bei der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, erstmals nicht fraktionsübergreifend beschlossen, ignorierte die Koalition massive Bedenken nicht nur der SPD, sondern auch namhafter Verfassungsrechtler, indem sie ein Einzelfallgesetz bezogen auf ehemalige Stasi-Mitarbeiter in der Behörde beschloss.

Streit mit Kinoketten

Beim Thema Film – eigentlich Leib- und Magenthema des Kulturstaatsministers – konnte der seit 2008 schwelende Streit mit einigen Kinoketten über das Filmfördergesetz (FFG) bislang nicht beigelegt werden, wodurch die Zukunft des FFG nach wie vor offen ist. Die Digitalisierung der Kinos wurde durch das Engagement der SPD zu einem Förderprogramm durch die Bundesregierung.

Beim Urheberrecht – einem der zentralen Elemente, um angemessenes Einkommen für Kultur- und Kreativschaffende zu ermöglichen – gibt es bislang keinen Vorschlag der Bundesregierung. Kulturstaatsminister Neumann lässt sich für sein Zwölf-Punkte-Papier zum Urheberrecht loben, umgesetzt wurde davon bislang nichts.

Weiterentwicklung des Urheberrechts

Zu anderen wichtigen medienpolitischen Themen wie dem ungarischen Mediengesetz, der Stärkung der Pressefreiheit, dem Zugangerschwerungsgesetz, dem Medienkonzentrationsrecht und der Vorratsdatenspeicherung ist der für Medien in der Bundesregierung zuständige Staatsminister nicht zu hören.

Insgesamt ist eine kritische Bilanz der Kultur- und Medienpolitik der schwarz-gelben Koalition und ihres Staatsministers zu ziehen. Kaum Impulse, keine strategischen Ansätze bei wichtigen Themen wie der Digitalisierung, der Verbesserung der sozialen Lage der Kultur- und Medienschaffenden, der notwendigen Weiterentwicklung des Urheberrechts oder dem Erhalt der medialen Vielfalt.

Bezieht man die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in die Gesamtschau mit ein, fällt die Bilanz noch kritischer aus. Im Unterschied zu seinem Vorgänger zeigt Außenminister Westerwelle (FDP) keine Leidenschaft für dieses Thema. Im Gegenteil: Der vom Bundestag gefasste Beschluss zur Künstlerakademie Tarabya in Istanbul wird zögerlich umgesetzt, die Verantwortung für die Auslandsschulen soll in private Hände abgeschoben werden, dem Goethe-Institut wird die Bewegungsfreiheit in der Programmarbeit genommen und die Auswärtige Kulturpolitik soll zu etwas umfunktioniert werden, was Deutschland wirtschaftlich und politisch nützt, statt wie bislang als Dritte Säule der Außenpolitik (Willy Brandt) und wichtige Form des Dialogs und des Austauschs die außenpolitische Glaubwürdigkeit Deutschlands zu untermauern.

Förderung der Digitalisierung der Kinos

Natürlich – auch das gehört zu einem Rückblick – muss auch die eigene Arbeit betrachtet werden. Sicherlich ist die kultur- und medienpolitische Arbeit in der Opposition mühsam, oder – um es mit den Worten von Franz Müntefering zu sagen – „Opposition ist Mist“. Gleichwohl ist es der SPD im Deutschen Bundestag gelungen, deutliche und wesentliche Akzente für die Kultur- und Medienpolitik zu setzen. Wir haben maßgeblich dafür gesorgt, dass das Thema Reformationsjubiläum 2017 auf die Agenda gesetzt wurde und die Bundesregierung ein Programm zur Förderung der Digitalisierung der Kinos auflegte. Wir haben den Handlungsbedarf bei der Digitalisierung von Kulturgütern und einen konkreten Vorschlag für die dringend notwendige Regelung zu verwaisten und vergriffenen Werken vorgelegt. Im Unterausschuss Neue Medien und der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ setzen die SPD-Abgeordneten und -Sachverständigen wichtige Akzente wie zum Beispiel zur Netzneutralität und zum Breitbandausbau. Es ist die SPD, vor allem die zuständige Obfrau Ulla Schmidt MdB, die im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik mehrfach fraktionsübergreifende Beschlüsse initiierte, die deutliche Kritik an der Politik des Auswärtigen Amtes beinhalteten.

Kreativpakt schmieden

Diesen mühsamen, zugleich aber einfallreichen Weg werden wir fortsetzen. Unser Ziel ist es, für 2013 ein überzeugendes und tragfähiges Politikangebot zu formulieren. Neben einzelnen Teilaspekten wie der Musik- und Filmförderung des Bundes, Digitalisierung und Pressefreiheit erarbeiten wir unter dem Dach des Arbeitsprogramms „Deutschland 2020“ der Fraktion im Teilprojekt Kreativpakt zusammen mit Wirtschaft, Künstlern und Kreativen ein Konzept für bessere und gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung in der Kultur- und Kreativbranche. Für Künstler, Autoren und andere Kreative besteht in ihrer oft projektbezogenen, freiberuflichen Tätigkeit eine Chance für Selbstverwirklichung und Flexibilität. Gleichzeitig müssen sich viele um ihr Auskommen sorgen und sind gegen soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit und Altersarmut nur unzureichend abgesichert. Dazu gehören auch Fragen des Urheberrechts und Angebote für Kreative, um diese Unabhängigkeit und Flexibilität mit sozialer Sicherheit und einem angemessenen Einkommen in Einklang zu bringen.

Zukunftsdialog zum Kreativpakt

Neben dieser inhaltlichen Arbeit setzen wir den Dialog mit den Kultur- und Medienschaffenden, Kultureinrichtungen und -verbänden fort. Wir wollen weiterhin Ansprechpartner für ihre Anliegen sein, um diese aufzugreifen, auf die politische Agenda zu setzen und Lösungen für offene Fragen zu erarbeiten.

Dazu dient auch unser Zukunftsdialog online, eine Plattform bei der jeder Interessierte mitmachen kann und Vorschläge einbringen bzw. die Vorschläge und Ideen anderer, etwa zum Kreativpakt, bewerten kann: <https://zukunftsdialog.spdfraktion.de/>.

SOZIALES

Rentenminderung für DDR-Flüchtlinge verhindern

Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR wurden bei ihrer Niederlassung in der Bundesrepublik Deutschland in der Rentenversicherung Bundesbürgern gleichgestellt. Ihre Rentenanwartschaften wurden nach dem Fremdrentengesetz ermittelt. Mit dem Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz erfolgte 1993 eine neue Bewertung bei denjenigen, die nach dem 31. Dezember 1936 geboren sind. Das führte in vielen Fällen zu geringeren Rentenanwartschaften. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag (Drs. 17/5516) die Bundesregierung auf, eine Regelung für Personen zu schaffen, die die DDR bereits vor dem Mauerfall verlassen haben. Sie sollen unabhängig von ihrem Alter nach dem Fremdrentengesetz behandelt werden. Eine Vergleichsberechnung zwischen Fremdrentengesetz und Rentenüberleitungsgesetz soll Schlechterstellungen verhindern.

UMWELT

SPD will klare Regeln für Intensivtierhaltung

Die nachgewiesenen Antibiotika-resistenten Krankheitskeime auf Hähnchenfleisch vor wenigen Wochen, haben erneut die Debatte über die Intensivtierhaltung befeuert. Große Teile der Bevölkerung lehnen diese nicht artgerechte Haltung von Nutztieren ab. Der Widerstand ist da besonders groß, wo große Tierhaltungsanlagen bestehen oder geplant sind. Vor allem dort, wo sich Betriebe konzentriert angesiedelt haben, ist der Protest aus Tierschutzgründen, aber auch wegen der Belastung der Umwelt besonders massiv. Doch gleichzeitig bleibt die Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach preislich günstigem Fleisch und Fleischwaren sehr hoch.

Tierschutz in der landwirtschaftlichen Tierhaltung verbessern

Die SPD-Bundestagsfraktion will die gegenwärtige Form der Intensivtierhaltung nicht nur wegen der Akzeptanzprobleme der Bevölkerung, sondern aus Tierschutzgründen auf den Prüfstand stellen. In ihrem Antrag „Klare Regeln für Intensivtierhaltung“ (Drs. 17/6089), den der Bundestag am 26. Januar 2012 im Bun-

destag beraten hat, sprechen sich die Sozialdemokraten u. a. dafür aus, die Tierschutzstandards anzuheben. Grundlage ist das Tierschutzgesetz, das eine art- und verhaltensgerechte Unterbringung und ausreichende Bewegungsfreiheit in der Tierhaltung fordert. Außerdem verbietet es, Tieren grundlos Schmerzen, Leiden oder Schäden zuzufügen. Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, ein Gesundheitsmonitoring zu unterstützen, das den Gesundheitszustand der Tiere besser erfasst und die Erkenntnisse über Ursache-Wirkungs-Beziehungen verbessert. Außerdem soll ein Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme geschaffen werden. Tierschutzindikatoren sollen entwickelt und ein Tierschutzlabel eingeführt werden. Der Begriff „Intensivtierhaltung“ soll klar definiert werden.

Umweltschutz beachten – kommunale Planungshoheit sichern

Zusätzlich sollen auch die Umweltgesetze angepasst werden, die Böden, Grundwasser und Luft schützen. Die Kommunen sollen durch eine Präzisierung im Baugesetzbuch und durch Regelungen im Bauplanungsrecht Möglichkeiten zur Steuerung und zum Ausschluss von Intensivtierhaltungsanlagen erhalten. Darüber hinaus sollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Anlagen zur Intensivtierhaltung transparenter gestaltet und die Bürgerbeteiligung gestärkt werden.

Koalitionsfraktionen wollen keine Änderung

Während sich diese Erkenntnislage zur Intensivtierhaltung auf Länderebene und auch bei Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) langsam durchsetzt, folgen ihr die Koalitionsfraktionen nicht. Statt die politischen Notwendigkeiten anzuerkennen, gehen sie auf Gegenkurs zu ihrer Ministerin und lehnen die konstruktive Diskussion im Agrarausschuss ab.

WIRTSCHAFT

Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik

Die deutsche Industrie steht vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung, technologische Innovationen und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der auch die Industrie weiter verändern wird. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen sich jetzt auf die Herausforderungen einstellen – es geht um die Zukunft des Industriestandortes Deutschland.

Mit Sorge ist in diesem Zusammenhang zu beobachten, wie die Bedeutung der Industrie und der Produktion immer stärker aus dem öffentlichen Bewusstsein gerät. Daher muss es bei einer Modernisierungsdebatte auch darum gehen, einen Diskurs zu Rolle und Selbstverständnis sowie gesellschaftlicher Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie zu führen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Garrelt Duin haben im Sommer 2011 im Rahmen eines „Branchendialogs“ intensive Gespräche mit Unternehmensvertretern verschiedener Branchen geführt. Gegenstand der Gespräche war das gesamte Spektrum industriepolitischer Handlungsfelder.

Das Positionspapier „Sozialdemokratische Industriepolitik“ wurde am 24. Januar von der SPD-Fraktion beschlossen. Es soll dazu beitragen, den Diskurs über die notwendige Modernisierung der Industrie voranzubringen. Deutschland muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden: Ein industriepolitisches „Weiter so“ – wie es die Bundesregierung in ihrem Ende 2010 vorgestellten Konzept zur Industriepolitik präsentiert hat – wird den Herausforderungen nicht gerecht. Das Papier lässt sich auf der Website der Fraktion herunterladen.